



Dezernat ..III

Az. **51.5**

Datum: 27.07.2016

**INFORMATIONSVORLAGE
ZUM VERSAND**

Nr. V388/2016

Betreff

Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich

Betrifft Antrag / Anfrage: A 309/2015

Antragsteller/in: Herr Julien Ferrat
(Familienpartei)

Versand an

Ausschuss für Bildung und Gesundheit, Schulbeirat,
Jugendhilfeausschuss und übrige Mitglieder des
Gemeinderates

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stadtteilbezug: nein

Vorgeschlagene Maßnahme zur Bürgerbeteiligung:

Ja

INFORMATIONSVORLAGE ZUM VERSAND

Nr. V388/2016

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt:

a.) Ergebnishaushalt

1) Einmalige Erträge / Aufwendungen

| | | |
|--|-----|---|
| Aufwendungen der Maßnahme | | € |
| Erträge der Maßnahme (Zuschüsse usw.) | ./. | € |
| Einmalige Aufwendungen zu Lasten der Stadt | | € |

2) Laufende Erträge / Aufwendungen

| | | |
|---|-----|---|
| Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand nach Fertigstellung der Baumaßnahme, Inbetriebnahme der Einrichtung bzw. Durchführung der Maßnahme (einschl. Finanzierungskosten) zu erwartende laufende Erträge | ./. | € |
| jährliche Belastung | | |

b.) Finanzhaushalt

| | | |
|--|-----|---|
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Gesamtkosten der Maßnahme) | | |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | ./. | € |
| Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit | | |

Dr. Kurz

Dr. Freundlieb

Kurzfassung des Sachverhaltes

Mit Antrag Nr. A309/2015 wurde durch Herrn Stadtrat Julien Ferrat (Familienpartei) die Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen gefordert. Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Betrag von jeweils 50.000 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt und die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

In Mannheim werden die Interessen der Schülerinnen und Schüler durch die SMV-Vertretungen an den Schulen (Klassensprecher/innen, Schulsprecher/innen) wahrgenommen. Ferner sind gewählte Schülerinnen und Schüler als stimmberechtigte Mitglieder im Schulbeirat der Stadt Mannheim vertreten.

Die Vernetzung der SMV-Vertreter/innen untereinander ist nicht in dem Maße ausgeprägt, wie es für eine effektive Interessenvertretung für die Anliegen der Mannheimer Schülerschaft notwendig wäre. Um die Schüler/innen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie der Vertretung ihrer Interessen zu unterstützen, wird beim „Kinder- und Jugendbüro 68Deins“ zeitlich befristet bis 31.12.2017 ein/e hauptamtliche(r) pädagogischer Mitarbeiter/pädagogische Mitarbeiterin eingestellt.

Zur *deren* Aufgaben gehören:

- *Schaffung von tragfähigen und dauerhaften Netzwerkstrukturen innerhalb der Mannheimer Schülerschaft bzw. der SMV-Vertreter/innen in und zwischen allen Schularten- und -formen*
- *Vernetzung zu bestehenden Gremien und Einrichtungen (u.a. Schulbeirat, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie/Jugendamt, Fachbereich Bildung, Elternbeirat, Landeszentrale für Politische Bildung etc.)*
- *Lobbyarbeit in schulischen Gremien, Lehrerkollegien und bei Schulleitungen*
- *Durchführung von Informationsveranstaltungen über Rechte, Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten im schulischen Kontext (Workshops, Seminare etc.)*
- *Aus- und Weiterbildung von Mentor/innen im Rahmen von peer-education Gruppen*
- *Angebotsentwicklung für SMV-Mitglieder und Initiativen an Schulen im Bereich der politischen Bildungsarbeit (u.a. Erprobung von Modellprojekten zur Motivierung bei der eigenständigen Interessenvertretung sowie zur Demokratieerziehung),*
- *Anlaufstelle für Schüler/innen bei konkreten Anliegen*
- *Förderung der Beteiligung von Schulen an den Stadtteilversammlungen bzw. dem Jugendgipfel 2017 sowie dem Kindergipfel*

Eine Anbindung an die bestehenden Beteiligungsstrukturen- und Angebote für Kinder und Jugendliche wird durch die Integration in das „Kinder- und Jugendbüro 68Deins“ (Stadtteilversammlungen, Kindergipfel, Jugendgipfel, Jugendbeirat) sichergestellt.

Anstellungsträger ist die Abteilung Jugendförderung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt.

Gliederung des Sachverhaltes und Übersicht der Anlagen

1. Ausgangslage

2. StadtschülerInnenvertretung in München

3. Konzept zur Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich

- **Rechtliche Ausgangslage**
- **Zielsetzungen**
- **Aufgabenbereiche**
- **Strukturelle Verankerung**
- **Auswirkungen auf das Zielsystem**
- **Rahmenbedingungen**
- **Kostenkalkulation**

Anlage: Antrag Nr. A309/2015

Sachverhalt

1. Ausgangslage

Mit Antrag Nr. A309/2015 wurde durch Herrn Stadtrat Julien Ferrat (Familienpartei) die Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen gefordert. Zur Begründung wurde angeführt, dass den Mannheimer Schülervertreter/innen ein auskömmliches Budget zur Wahrnehmung ihrer Rechte und gemäß dem Vorbild der Stadt München ein/e fest angestellte/r pädagogische/n Mitarbeiter/in zur Seite gestellt bekommen sollen.

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat bei den Haushaltsberatungen einen Betrag von jeweils 50.000 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt und die Verwaltung beauftragt ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. StadtschülerInnenvertretung in München

Der Antrag nimmt Bezug auf entsprechende Konzepte der Stadt München. Erläuternd muss angefügt werden, dass sich die entsprechenden Maßnahmen in München in erster Linie auf die Einrichtung einer StadtschülerInnenvertretung bezogen haben, deren Arbeit durch eine hauptamtlich besetzte Koordinierungsstelle unterstützt werden sollte. In der nachfolgend ausschnittsweise zitierten Vorlage wurden die möglichen Aufgabenfelder sowie die Unterstützung bzw. Koordinierung folgendermaßen dargestellt.

Schaffung einer StadtschülerInnenvertretung in München

Die so entstandene StadtschülerInnenvertretung sollte als demokratisch legitimierte Institution die Meinung aller Schülerinnen und Schüler aktiv in der Öffentlichkeit vertreten. Dabei stehen bildungspolitische Interessen im Vordergrund. Die StadtschülerInnenvertretung hat darüber hinaus das Ziel, den Münchner Schülerinnen und Schülern gelebte Demokratie zu vermitteln und sie zu befähigen, ihr Schulleben aktiv mitzugestalten. Außerdem soll sie ihnen aufzeigen, dass bürgerschaftliches Engagement Wirkung zeigt und für alle offen steht. Die Schülervertretungen aller Schularten sollen koordiniert, geschult und unterstützt sowie die Kommunikation der Schülersprecher und der Schülerinnen und Schüler untereinander gestärkt werden.

Die Etablierung der Stadtschülervertretung stellt eines der Leitprojekte des Referats für Bildung und Sport im Rahmen der Leitlinie Bildung dar. Im Übrigen versteht das RBS die Einrichtung der SSV als einen Baustein zur Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen. Denn die aktive Mitwirkung in ihren Lebensbereichen – gerade auch in der Schule – festigt ihr Selbstvertrauen und trägt so zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung sowie zur Bildung ihres politischen Bewusstseins bei. In diesem Sinne ist Partizipation auch ein Mittel der Erziehung zur Demokratie. (Sitzungsvorlage Nr.: 08-14/V 06555)

Für die Durchführung des Vorhabens werden vom Stadtrat jährlich 50.000€ zur Finanzierung der Koordinierungsstelle sowie für notwendige Ausgaben (Referent/innen, Schulungen,

Veranstaltungen etc.) zur Verfügung gestellt. Das Schulreferat wählt in Abstimmung mit dem Sozialreferat/Jugendamt einen Träger für die begleitende und moderierende Koordinierungsstelle aus. Wesentliche Voraussetzung ist die Erfahrung im Bereich der Beteiligung und Partizipation. (Sitzungsvorlage Nr.: 02-08/V 11478)

3. Konzept zur Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich

Zur Erfüllung des Antrages wird die Verwaltung daher nachfolgendes Konzept umsetzen.

Rechtliche Ausgangslage

Die Interessenvertretung von Schülerinnen und Schülern ist in der **Verordnung des Kultusministeriums über Einrichtung und Aufgaben der Schülermitverantwortung (SMV-Verordnung)** geregelt. Die Aufgaben sind in § 7 aufgeführt:

§ 7

Aufgaben der SMV

- (1) Die Schülermitverantwortung ist - unbeschadet der besonderen Aufgabe der Schülervertreter - Sache aller Schüler der gesamten Schule.*
- (2) Die Schülermitverantwortung und ihre Organe stellen sich ihre Aufgaben selbst, soweit sie nicht durch das Schulgesetz oder sonstige Rechtsvorschriften festgelegt sind. Dazu gehören insbesondere:
 - 1. Gemeinschaftsaufgaben der Schüler. Insbesondere soll die Schülermitverantwortung die fachlichen, sportlichen, kulturellen, sozialen und politischen Interessen der Schüler fördern. Sie kann dafür eigene Veranstaltungen und Projekte durchführen. Diese müssen allen zugänglich sein und dürfen nicht einseitig den Zielsetzungen bestimmter politischer, konfessioneller oder weltanschaulicher Gruppen dienen;*
 - 2. die Aufgabe der Organe der Schülermitverantwortung, sich aus dem Schulleben ergebende Interessen der Schüler zu vertreten.**
- (3) Der SMV ist Gelegenheit zu geben, in allen dafür geeigneten Aufgabenbereichen der Schule mitzuarbeiten. Dies schließt die Vertretung der Schüler in der Schulkonferenz ein. Außerdem können dazu mit ihrem Einverständnis gehören:
 - 1. Anregungen und Vorschläge für die Gestaltung des Unterrichts im Rahmen der Bildungspläne einschließlich der Erprobung neuer Unterrichtsformen;*
 - 2. Beteiligung an Verwaltungs- und Organisationsaufgaben der Schule. Dabei soll den Schülern nach Möglichkeit Gelegenheit gegeben werden, Eigeninitiative zu entfalten;*
 - 3. Teilnahme von Schülervertretern an Teilkonferenzen im Rahmen der Konferenzordnung.**
- (4) Im Rahmen der SMV haben die Schülervertreter insbesondere folgende Rechte: Das Anhörungs- und Vorschlagsrecht (§ 10 Abs. 1), das Beschwerderecht (§ 10 Abs. 1), das Vermittlungs- und Vertretungsrecht (§ 10 Abs. 2), das Informationsrecht (§ 11 Abs. 2).*

Auch in Mannheim werden die Interessen der Schülerinnen und Schüler durch die SMV-

Vertretungen an den Schulen (Klassensprecher/innen, Schulsprecher/innen) wahrgenommen. Ferner sind gewählte Schülerinnen und Schüler als stimmberechtigte Mitglieder im Schulbeirat der Stadt Mannheim vertreten.

Mit der für die Schulen zuständigen Dezernentin, Frau Bürgermeisterin Dr. Freundlieb, finden seit 2014 jährliche Gespräche mit den Schülervertretungen statt, um den Dialog zwischen Stadt und Schülerinnen und Schülern zu fördern sowie auf die Bedürfnisse der Mannheimer Schülerschaft adäquat und zeitnah eingehen zu können. Diese Dialogveranstaltungen sollen in den kommenden Jahren noch weiter intensiviert werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Jugendförderung des Jugendamtes Mannheim stehen den Schülerinnen und Schülern ebenfalls im Rahmen ihrer Arbeitsfelder (Politische Bildung, Gewaltprävention, Schulprojekte etc.) als AnsprechpartnerInnen unterstützend zur Verfügung.

Die Vernetzung der SMV-Vertreter/innen untereinander ist nicht in dem Maße ausgeprägt, wie es für eine effektive Interessenvertretung für die Anliegen der Mannheimer Schülerschaft notwendig wäre. Oftmals bestehen nur lose Kontakte zwischen SMV-Vertreter/innen der gleichen Schulform; eine Form der institutionalisierten Vernetzung und Zusammenarbeit aller Mannheimer Schulen besteht nicht. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass eine ständig aktualisierte Datensammlung über die aktiven Klassen- und Schulsprecher in einer Form, wie sie für einen intensiven Austausch und eine funktionierende Vernetzung erforderlich wäre, derzeit nicht existiert. In den vergangenen Jahren gab es erste Überlegungen der Schülerinnen und Schüler zur Etablierung eines sog. Stadtschülerrates, um die Anliegen effektiver vertreten zu können. Bisher gab es aber über ein erstes Stadium der Ideensammlung und Gespräche mit Dez. III keine weiterführenden Schritte zur Konstituierung eines solchen Gremiums. Dies ist zum einen dem hohen zeitlichen Aufwand geschuldet, den die meisten Schülerinnen und Schüler nicht aufbringen können, wie auch mit der systembedingt hohen Fluktuation durch abgehende und neu hinzukommende Schüler/innen.

Um die Schüler/innen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie der Vertretung ihrer Interessen zu unterstützen, ist eine pädagogische Begleitung durch eine hauptamtliche Person daher sinnvoll und angezeigt.

Zielsetzungen der Arbeit sollten sein:

- Stärkung der Vernetzung der SchülervertreterInnen untereinander
- Stärkung der Interessenvertretung von SchülerInnen auf kommunaler Ebene
- Stärkung der politischen Bildungsarbeit auf SMV Ebene in Bezug auf demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule
- Stärkung der Verantwortungsübernahme in Bezug auf die eigenen Interessen (Empowerment)

Zur Zielerreichung sind die nachfolgend genannten **Aufgabenbereiche** möglich und erforderlich:

- Angebotsentwicklung für SMV-Mitglieder und Initiativen an Schulen im Bereich der politischen Bildungsarbeit (u.a. Erprobung von Modellprojekten zur Motivierung bei der eigenständigen Interessenvertretung sowie zur Demokratieerziehung, Aus- und Weiterbildung von Mentor/innen im Rahmen von peer-education Gruppen)
- Durchführung von Informationsveranstaltungen über Rechte, Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten im schulischen Kontext (Workshops, Seminare etc.)
- Anlaufstelle für Schüler/innen bei konkreten Anliegen
- Förderung der Beteiligung von Schulen an den Stadtteilversammlungen bzw. dem Jugendgipfel 2017 sowie dem Kindergipfel
- Schaffung von tragfähigen und dauerhaften Netzwerkstrukturen innerhalb der Mannheimer Schülerschaft bzw. der SMV-Vertreter/innen in und zwischen allen Schularten- und -formen
- Vernetzung zu bestehenden Gremien und Einrichtungen (u.a. Schulbeirat, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie/Jugendamt, Fachbereich Bildung, Elternbeirat, Landeszentrale für Politische Bildung etc.)
- Lobbyarbeit in schulischen Gremien, Lehrerkollegien und bei Schulleitungen

Die Schaffung einer StadtschülerInnenvertretung analog zum Münchner Vorgehen sollte vorerst nicht im Fokus stehen. Es ist aus unserer Sicht in einem ersten Schritt anzustreben, gemeinsam mit den SchülervorteilerInnen der Mannheimer Schulen eine tragfähige Netzwerkstruktur zu schaffen um die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich bei einer solch wichtigen strukturellen Frage selbst einbringen zu können. Gerade in Bezug auf eine weitergehende Partizipation der Schülerinnen und Schüler sollte anfangs ein möglichst offenes Konzept im Vordergrund stehen, das genug Spielraum für eigene Einflussnahme der Schülerinnen und Schüler lässt. Die Erfahrungen aus München haben gezeigt, dass in vielen essentiellen Fragen zu Zielsetzung, Aufgaben und Wahlmodus der StadtschülerInnenvertretung in der Anfangsphase teils stark voneinander abweichende Positionen bestanden, dies gilt es nach Möglichkeit durch ein gemeinsames Vorgehen zu vermeiden.

Strukturelle Verankerung

Um Parallelstrukturen zu vermeiden und Synergieeffekte nutzen zu können, ist eine Anbindung an die bestehenden Beteiligungsstrukturen- und Angebote für Kinder und Jugendliche in Mannheim durch die Integration in das Kinder- und Jugendbüro 68Deins! sinnvoll, zumal hier weitgehend identische Zielgruppen angesprochen werden. Dies erleichtert den Aufbau einer gut strukturierten Angebotspalette, da bestehende Ressourcen, Erfahrungswerte und Netzwerke genutzt werden können. Die Trägerschaft des Kinder- und Jugendbüros durch den Stadtjugendring Mannheim e.V. sowie der Fachbereiche 15 und 51 der Stadt Mannheim gewährleistet hierbei eine Einbeziehung aller wichtigen Akteure im Bereich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, sowohl auf kommunaler wie auch verbandlicher Ebene. Gleichzeitig können die Beteiligungsmöglichkeiten für

Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene durch die Einbeziehung der Schulen weiter gestärkt und neue, modellhafte Projekte entwickelt werden, die die Rolle von Schulen als (stadtteilorientierte) Demokratielern- und Lehrorte stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung rücken.

Die Stellenerrichtung bei der Abt. Jugendförderung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt bietet den bestmöglichen Zugriff und die Nutzung bestehender innerstädtischer Strukturen; gemeinsam mit dem FB Bildung kann problemlos die städtische Infrastruktur in der Kommunikation mit den Schulen genutzt werden. Die schon bestehende intensive Zusammenarbeit mit den SchülersprecherInnen, bspw. im Rahmen des Schülersprecher/innen-Dialogs mit Frau Bürgermeisterin Dr. Freundlieb erleichtert und fördert die Arbeit in Bezug auf die gesetzten Ziele.

Auswirkungen auf das Zielsystem

Durch das zusätzliche Angebot wird das strategische Ziel 07_ (Mannheims Einwohner/-innen sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt werden) gefördert. Unterstützt werden ferner die Leistungs- und Managementziele 02_ (Bedarfsgerechte Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Förderung von Menschen im Alter von 6 bis unter 27 Jahren sind zur Verfügung gestellt) sowie 01_ (Bildungsangebote und Orte der Kinder- und Jugendarbeit sind für alle jungen Menschen zugänglich, attraktiv und werden aktiv genutzt.)

Durch zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern an den Stadtteilversammlungen im Rahmen des Kinder- und Jugendbeteiligungsmodell sowie durch zusätzliche Angebote an Schulen im Rahmen von Workshops und Seminaren kann die Kennzahl bzgl. der Besuche von Beteiligungsangeboten um voraussichtlich rund 300 Besuche erhöht werden.

Rahmenbedingungen

Der zur Verfügung gestellte Etat in Höhe von 50.000 € pro Jahr erlaubt die Einrichtung einer 90% Stelle vom 01.09.2016 – 31.12.2016 sowie einer 75% Stelle im Haushaltsjahr 2017. Die Eingruppierung erfolgt in Vergütungsgruppe E 10. Die angegebenen Personalkosten entsprechen den aktuellen Pekos – Durchschnittswerten (Stand: 26.07.2016) Für 2017 können auf Grund des Budgetrahmens keine Sachkosten veranschlagt werden. Hier ist eine anderweitige Deckung erforderlich.

Kostenkalkulation:

| | 01.9.2016 – 31.12.2016 | 01.01.2017 – 31.12.2017 (75%) |
|----------------|---------------------------------|---------------------------------|
| Personalkosten | 20.208,57 € (90% Stellenanteil) | 51.821,64 € (75% Stellenanteil) |
| Sachkosten | 5.000 € | |
| SUMME | 25.208,57 € | 51.821,64 € |

Antrag Nr. A309/2015

Antrag Familien-Partei

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Peter Kurz
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Familien-Partei
im Mannheimer Gemeinderat
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Antrag zu den Etatberatungen 2016 / 2017 vom 14.12. – 16.12.2015

Antrag:

Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen

FB / Amt: 51 - Jugendamt TEH: TFH: Seite HH-Plan: 414

Produkt-Nr. 1.36.20-01-04

Maßnahme/ Beteiligung und Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen

Investitions-
maßnahme:

Finanzielle Veränderung:

| HH-Jahr | HH-Jahr | Fi-Plan 2018 | Fi-Plan 2019 |
|---------|---------|--------------|--------------|
| 2016 | 2017 | | |
| +50.000 | +50.000 | | |

Antrag:

Für die Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen werden jährlich 50.000€ zusätzlich bereitgestellt.

Begründung:

Die Mannheimer Schülersprecher (MS) liegen seit mehreren Jahren brach. Um den Kindern und Jugendlichen eine wirksame Interessenvertretung zu ermöglichen, hat die Stadt München der örtlichen Stadtschülervertretung einen pädagogischer Mitarbeiter zur Seite gestellt. Dies wäre auch für Mannheim sinnvoll. Der zusätzliche Betrag soll den Schülervetretern ein auskömmliches Budget zur Wahrnehmung ihrer Rechte und gemäß dem Vorbild der Stadt München die Einstellung eines Mitarbeiters (Vollzeitstelle) ermöglichen.



Julien Ferrat
- Stadtrat -

Bezug zum strategischen Ziel Nr.:

Leistungsziel-Nr.: Kennzahl-Nr.:
Wirkungsziel-Nr.: Kennzahl-Nr.:

| | |
|---|--------------------------------|
| Der Oberbürgermeister Abt. Rat und Beteiligung Eingang: Antrag / Anfrage | |
| 27. Nov. 2015 | |
| Federführendes Dezernat: III | Mitzeichnende/s Dezernat/e: |